

ist, dem Handwerk zu helfen, beweisen einmal das bereits angeführte Gesetz vom 9. August und das andere Mal auch das heutige Gesetz.

Dieselbe Seite, von der diese Behauptungen kommen, daß bei uns das Handwerk verschwinden soll, übt das ausgiebigste in der Praxis. Unsere Handwerksmeister im Westen wissen darüber Bescheid. Wenn man sich die Auswirkungen der liberalisierten Wirtschaft ansieht, dann weiß man, wo nicht nur der Wille, sondern auch bereits die Praxis besteht, das Handwerk zu vernichten.

Wir haben, wie von dieser Stelle bereits gesagt worden ist, in Westdeutschland zu verzeichnen, daß 180 000 Handwerker ihre Betriebe schließen mußten. Ein anderer Beweis, mehr ein Kuriosum, ist, daß der Handwerksmeister in Westdeutschland beispielsweise seine Einkommensteuererklärung auf einem 17 Seiten großen Formular abgeben muß. 17 Seiten muß er ausfüllen, um seiner Einkommensteuererklärung nachzukommen! Daran schließt sich noch die Erklärung für die Umsatzsteuer, für die Gewerbesteuer, und was alles sonst noch dazu gehört. Man kann sich also ausmalen, wenn man dort dem Handwerk solche Schwierigkeiten macht, wie es mit der Liebe zum Handwerk drüben aussieht.

Während drüben die Lasten für das Handwerk immer größeren Umfang annehmen, wird unser Handwerk von diesen Lasten befreit. Es kann, wie bereits erklärt, seine Kräfte in der Wirtschaft, die frei ist von Konjunkturschwankungen und Krisen, zum Wohle des Volksganzen entfalten. Mit diesem neuen Gesetz erhält das Handwerk eine weitere Entwicklung seines Wohlstandes. Jetzt erhält Handwerksfleiß wieder Sinn und Inhalt. Sein Fleiß wird belohnt, weil das Ergebnis seiner Mehrarbeit nicht vom Finanzamt weggenommen wird, sondern sein Eigentum bleibt, auf das kein anderer als er selbst einen unabdingbaren Anspruch hat.

Die im § 15 enthaltenen Übergangsbestimmungen haben die vorbehaltlose Zustimmung vor allem der davon betroffenen Handwerker gefunden. Mit der Bestimmung, daß alle Steuerschulden, die sich aus Kontrollen für die Veranlagungszeiträume bis zum 31. 12. 1949 ergeben, gestrichen werden, ist ein Alldruck von unvorstellbarer Größe vom Handwerker genommen. Diese Tat, die auf die Vorschläge der Sozialistischen Einheitspartei zurückgeht, weiß das gesamte Handwerk zu würdigen, wird doch damit erneut der Beweis erbracht, daß dem wirtschaftlich Schwachen die Hilfe des Staates zuteil wird.

Durch diese neue Art der Besteuerung wird der privaten Initiative ein neuer Anstoß gegeben, und sie trägt erheblich zur Sicherung und Festigung der Existenz des Handwerksmeisters und seiner Selbständigkeit bei. Er kann sich in Zukunft noch bedeutend mehr der Ausübung seines Berufes und der Steigerung der Qualität seiner Erzeugnisse widmen. Der kommende Fünfjahrplan verlangt allein von unserem Handwerk bis zum Jahre 1955 eine Steigerung seiner Produktionsleistung um rund 60 Prozent gegenüber dem Jahre 1950. Eine solche Steigerung war für das Handwerk als Gesamtheit in seiner ganzen langen Geschichte in einer so kurzen Zeitspanne von fünf Jahren noch niemals gegeben.

Die Handwerkerschaft wird sich dieser Maßnahmen der Regierung würdig erweisen. Das Handwerk hat bisher bewiesen, daß es mit seiner Arbeit zu unserem Staat, zu unserer Deutschen Demokratischen Republik steht, und wir können überzeugt sein, daß auch die Arbeit für den Frieden unter der Handwerkerschaft eine größere und intensivere wird als bisher. Auch der Handwerker wird immer mehr begreifen, daß sein Platz in der Nationalen Front an der Seite aller Schaffenden ist, um dem Frieden zu dienen, seinen eigenen Wohlstand zu heben und damit dem Wohl des ganzen Volkes zu dienen.

Die Fraktion des FDGB, der FDJ, der VdGB und der Genossenschaften stimmt diesem Gesetz zu.

(Lebhafter Beifall)

Präsident Dieckmann:

Als letzter Redner in der Aussprache spricht nunmehr Herr Abgeordneter Lohagen für die Fraktion der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

Abg. Lohagen (SED):

Meine Damen und Herren! Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands begrüßt es, daß der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik am 17. August dem Gesetzentwurf über die Steuer des Handwerks seine Zustimmung gab.

Als auf dem III. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands der Generalsekretär unserer Partei und stellvertretende Ministerpräsident Walter Ulbricht in seinem großen Referat über den Fünfjahrplan unter anderem auch eine Reihe bedeutender Gesetzesvorschläge über wirtschaftliche Verbesserungen für die Bevölkerung machte, befand sich unter diesen wichtigen Vorschlägen auch der heute zur Abstimmung stehende Vorschlag über die Steuervereinfachung bei den Handwerkern. Der Vorsdilag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zur Förderung des Handwerks wurde von dem gesamten deutschen Handwerk auf das freudigste begrüßt, — ja, meine Damen und Herren, nicht nur von den Handwerkern in der Deutschen Demokratischen Republik, sondern auch von den Handwerkern Westdeutschlands. Das zeigte sich in der großen Handwerkerkundgebung anlässlich der Leipziger Messe, in der der Vorsitzende der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Präsident der Deutschen Demokratischen Republik Wilhelm Pieck die Vorschläge der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vor über 3000 Handwerksmeistern und -meisterinnen aus ganz Deutschland unter großem Beifall und lebhafter Zustimmung erläuterte. Der Vorsitzende der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Wilhelm Pieck, sagte unter anderem auf dieser großen gesamten Handwerker-tagung: „Wir sind heute in der glücklichen Lage, nicht mehr nur versprechen zu müssen, was geschehen würde, wenn die Massen des Volkes die Politik der Arbeiter unterstützten, sondern wir können mit berechtigtem Stolz darauf hinweisen, was geschehen ist, weil unser Volk im Osten Deutschlands, hier in der Deutschen Demokratischen Republik, eine demokratische, friedliebende Politik unterstützte und in steigendem Maße als die einzig richtige Politik anerkennt und verteidigt.“

Das uns heute vorliegende Gesetz zeigt uns, daß unsere demokratische Regierung dem gesamten Handwerk im Rahmen unserer Friedenswirtschaft und im besonderen auch in der Durchführung des Fünfjahrplanes alle Möglichkeiten einer weiteren gesunden Entfaltung seiner Kräfte gibt und damit auch den Handwerkern und ihren Familien eine gesicherte Existenz garantiert.

Wie anders ist dagegen die Lage des Handwerks in Westdeutschland, wo die Handwerker mit ihren Familien durch die verbrecherische Marshallplan-Politik vor dem Ruin ihrer Existenz stehen! Täglich häufen sich die Konkurse handwerklicher Betriebe. Ständig steigt die Zahl der Selbstmorde. Gerichtsvollzieher und Pleitegeier treiben die Handwerker Westdeutschlands ins graue Elend, in ein kümmerliches Dasein, ohne Existenz, ohne Zukunft.

Meine Damen und Herren! Wie anders ist die Lage des Handwerkers und seiner Familie jetzt in der Deutschen Demokratischen Republik! In der Deutschen Demokratischen Republik wurden für die Entwicklung des Handwerks günstigere Voraussetzungen geschaffen. Das Handwerk hat bei uns an dem allgemeinen Aufschwung unseres Lebens und an dem Aufschwung unserer Friedenswirtschaft teilgenommen. Der Gesamtumsatz des Handwerks in der Deutschen Demokratischen Republik betrug im Jahre 1949 rund 4,5 Milliarden DM. Damit wurde der Friedensumsatz des Handwerks in unserer Deutschen Demokratischen Republik erreicht.